

Stellungnahme der Solargenossenschaft Liechtenstein zur Kürzung der Gemeindeförderung für Haustechnik- und PV-Anlagen in Balzers. Vaduz, 15. Juli 2025

Ein Rückschritt mit Signalwirkung – Warum die Entscheidung aus Balzers die Energiewende ausbremst

Die Solargenossenschaft Liechtenstein zeigt sich tief besorgt über den Beschluss des Gemeinderats von Balzers, die maximalen Förderbeiträge für Photovoltaik- und Haustechnikanlagen ab dem 1. September 2025 deutlich zu senken – um bis zu 75 %. Dieser Entscheidung widerspricht klar den energie- und klimapolitischen Zielen des Landes Liechtenstein und sendet ein fatal falsches Signal – sowohl an die Bevölkerung als auch an andere Gemeinden.

Gemeinden tragen Verantwortung

Das Fördermodell in Liechtenstein besteht aus zwei Säulen: dem Landesbeitrag und der kommunalen Ergänzung. Die Förderungen des Landes machen bei grossen Anlagen den Löwenanteil aus. Dennoch sind die Gemeindebeiträge ein wichtiger Bestandteil – insbesondere bei kleineren Anlagen, die pro installiertem Kilowatt (kWp) teurer sind. Gerade hier ist der Beitrag der Gemeinden oft entscheidend, ob ein Projekt realisiert wird oder nicht.

Wenn nun Balzers seine Gemeindeförderung massiv kürzt, trifft das in besonderem Mass private Bauherrschaften, die auf kleinen Dächern saubere Energie erzeugen wollen. Es ist eine Signalwirkung zu befürchten: Wenn eine Gemeinde damit beginnt, ihre Verantwortung einseitig zurückzufahren, steigt der Druck auf andere Gemeinden, nachzuziehen. Damit droht ein Dominoeffekt, der die Energiewende im Land ernsthaft ausbremsen könnte.

Unverständlich vor dem Hintergrund klarer politischer Beschlüsse

Der Landtag hat sich mehrfach und klar zur Notwendigkeit starker Förderungen bekannt. Auch das Budget des Landes trägt diesem Ziel Rechnung. In einem solchen Kontext erwarten wir, dass sich die Gemeinden als verlässliche Partner verstehen.

Die Entscheidung der Gemeinde wurde ohne Not getroffen. Sie erfolgt ohne Übergangsfristen und ohne begleitende Kommunikation, was zu erheblicher Verunsicherung statt Planungssicherheit führt. Der Schritt konterkariert den Anspruch von Balzers, als Energiestadt voranzugehen.

Ein gefährliches Signal in unsicheren Zeiten

In einer Weltlage voller geopolitischer und wirtschaftlicher Unsicherheiten ist der Ausbau der regionalen, erneuerbaren Energieversorgung keine Option, sondern eine Notwendigkeit.

Dass ausgerechnet jetzt ein Rückschritt erfolgt, ist nicht nachvollziehbar. Wer heute Förderungen kürzt, riskiert morgen höhere Abhängigkeiten, höhere Kosten und eine geringere Energieautonomie.

Die Kürzungen treffen nicht nur den Ausbau der Photovoltaik, sondern auch den dringend notwendigen Austausch fossiler Heizungen. Die Förderung klimafreundlicher Alternativen wie Wärmepumpen ist ein zentraler Hebel der Wärmewende – fällt sie weg, besteht die reale Gefahr eines Rückschritts zu fossilen Lösungen. Ein solcher Schnellschuss ohne klare Strategie gefährdet nicht nur die Energiewende – er öffnet einem Comeback veralteter Heiztechnologien Tür und Tor.

Die Solargenossenschaft appelliert deshalb an den Gemeinderat von Balzers, die Entscheidung zu überdenken, Alternativen zu prüfen und Teil einer gemeinsamen, verlässlichen Förderpraxis zu bleiben, wie sie vom Landtag politisch gewollt und von vielen Bürgerinnen und Bürgern getragen wird. Klimaschutz und Energieunabhängigkeit können nur gemeinsam gelingen. Was heute gekürzt wird, belastet morgen unsere Kinder und Enkel – nicht nur finanziell, sondern auch in ihrer Handlungsfreiheit.